November 2010

SPARPAKET STOPPEN

TAG X: BUNDESTAG BELAGERN

GEMEINSAM GEGEN SOZIALABBAU, KOPFPAUSCHALE UND HARTZ IV: FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT! Am 26. November 10 Uhr

Zeitung des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

„Herbst der Entscheidung“

Am 26. November will die schwarz-gelbe Regierung im Parlament ihr „Sparpaket“ durchpeitschen. Nicht mit uns. Wir zeigen dieser Politik die rote Karte!

„Wir haben jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt, jetzt sind drastische Sparmaßnahmen angesagt“, hatte Bundeskanzlerin Merkel bereits im Mai angedroht. Ihr geplantes Kürzungspaket ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die ohnehin zu wenig zum Leben haben. Erwerbslosen soll das Elterngeld gestrichen und der Hartz IV-Regelsatz um lächerliche 5 Euro erhöht werden, während das Märchen von der „spätrömischen Dekadenz“ wiederholt wird. Andernorts knallen unterdessen längst die Korken: Die „notleidenden“ Kreditinstitute von gestern streichen heute wieder astronomische Profite ein. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Mit ihren „Rettungsschirmen“ hat die Regierung seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 Hunderte von Milliarden für die Sicherung der Profite von Banken und Konzernen locker gemacht. Die Einführung einer Vermögenssteuer? Einer Finanztransaktionssteuer? Ein Richtungswechsel? Fehlanzeige.

Die gesellschaftliche Spaltung wächst. Wenige haben immer mehr und viele immer weniger. Auskommen, Gesundheit und Möglichkeit zur Teilhabe sind immer stärker ungleich verteilt – obwohl gesellschaftlicher Reichtum und Arbeitsproduktivität so groß sind wie nie. Das Sparpaket wird zur Ausweitung der sozialen Kluft beitragen. 80 % der Menschen in Deutschland lehnen das ab!

Doch Angela Merkel kündigt einen „Herbst der Entscheidungen“ an. Es gehe „um Haushaltssanierung, Energiepolitik und die Zukunft der Sozialsysteme“. Diese Haushaltssanierung bedeutet jedoch, dass Hartz IV-Empfänger/-innen und Beschäftigte das Loch stopfen sollen, das die Bankenrettung gerissen hat. Ihre Energiepolitik bedeutet Laufzeitverlängerung für Atommeiler und Geschenke an die Atomlobby. Und die Zukunft der Sozialsysteme sieht hier düster aus: Einführung der Kopfpauschale durch die Hintertür, weitere Aushöhlung der solidarischen Sicherung, höhere Beiträge, Leistungsabbau.

Merkels Sozialpolitik heißt „Kürzen“, ihre Botschaft an die Beschäftigten „Niedriglohn“.

Gleichzeitig wird gegen Erwerbslose und Migrant/-innen gehetzt. Das Prinzip ist alt: Sollen die da unten sich untereinander streiten, bis die Fetzen fliegen. Die Friseurin, die 1000 Euro brutto verdient, gegen die Hartz IV-Empfängerin, deutsche Erwerbslose gegen Migrant/-innen und so weiter.

Übrigens: Bevor die Sparmaßnahmen überhaupt beschlossen sind, ordnete der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank Weise, schon mal vorsorglich die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Beziehende an. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Im „Herbst der Entscheidung“ will Merkel Weichen stellen für eine Gesellschaft mit noch mehr Ungleichheit und Unsicherheit. So wird die Wirtschaftsweise zementiert, die zwangsläufig schon die nächsten Blasen auf dem Finanzmarkt produziert und weltweit in brutaler Standortkonkurrenz die Interessen der Menschen an gutem Leben, guter Arbeit und nachhaltigem Wirtschaften dem Profit unterordnet. In ganz Europa werden jetzt unsoziale Kürzungspakete durchgedrückt, sollen die Menschen die Folgen von Standortkonkurrenz und Niedriglohnpolitik zahlen. Doch sie wehren sich. Ob in Griechenland oder Frankreich: sie demonstrieren und streiken gegen eine Anhebung des Rentenalters, gegen Privatisierungen und Kürzungen.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, und auch wir haben uns entschieden: Es ist auch hier an der Zeit, gemeinsam aufzustehen und dieser Politik die rote Karte zu zeigen! Es ist an der Zeit, dieses „weiter so“ zu stören. In Stuttgart, wo Zehntausende gegen ein sinnloses Mega-Bahnhofs-Projekt auf die Straße gehen. Im Wendland, wo Anfang November dem Castor-Transport und dem energiepolitischen Wahnsinn Einhalt geboten wird. Und wenn es am 26. 11. in Berlin ernst wird mit dem Sparpaket, dann sagen wir: „Annahme verweigert!“ und rücken den Abgeordneten im Bundestag auf die Pelle!

Damit treffen wir eine Entscheidung für unsere Zukunft, für soziale Gerechtigkeit, für eine solidarische Gesellschaft. Für ein solidarisches Gesundheitssystem statt dem Weg in die Kopfpauschale mit einseitiger Belastung. Für die längst überfällige Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung statt Rentenkürzung durch die „Rente mit 67“. Gegen Lohndumping und für eine sofortige Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze. Für eine zukunftsfähige Energie-, Klima- und Verkehrspolitik statt Atomlobbyismus, Ausbau der Autobahn 100 in Berlin und Stuttgart 21.

Und für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt.

Berliner Bündnis:
„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Sparpaket stoppen!

Am 26. November 2010 soll im Rahmen der Verabschiedung des Bundeshaushalts für 2011 das von der Bundesregierung aufgelegte „Sparpaket“ beschlossen werden. Das „Sparpaket“ ist in Wahrheit ein Kürzungspaket sozialer Leistungen: Ein Drittel der Streichungen liegt im sozialen Bereich; es geht besonders zu Lasten von Hartz IV-Empfänger/-innen und jungen Familien. Das soll gestrichen werden:

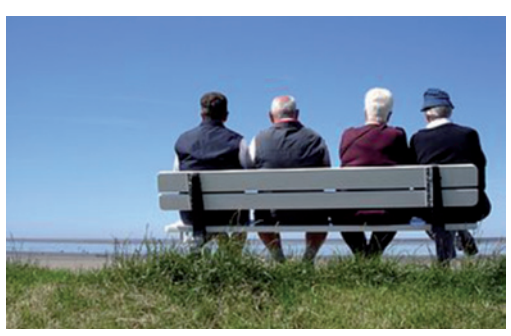
- Elterngeld für Hartz IV-Empfänger/-innen - 300 Euro pro Monat weniger, insbesondere für Alleinerziehende
- Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Empfänger/-innen - mehr Altersarmut und Abwälzung des Einnahmeausfalls der Rentenkassen auf die Versicherten
- Heizkostenzuschuss beim Wohngeld - trotz steigender Energiekosten
- der so genannter Gewöhnungszuschlag vom Übergang von Alg I zu Alg II

Kommt am 26.11. ab 10.00 Uhr zum Brandenburger Tor! Zeigen wir dieser Politik die rote Karte!

Nein zur Rente mit 67

2007 hat die schwarz-rote Bundesregierung beschlossen, die Altersgrenze für die Rente von 2012 an schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. In der Altersgruppe von 60 bis 65 Jahren waren aber 2009 gerade mal eine Million Personen versicherungspflichtig beschäftigt, eine Beschäftigtenquote von 24,2 %.

Das heißt Rentenkürzung! Wer mit 65 geht, dessen Rente wird um 7,2 % gekürzt. Bei 63 Jahren gibt es satte 14,4 % weniger Rente. Ein „Überprüfungsbericht“ wird ab November im Bundestag diskutiert. Gewerkschaften, Sozialverbände, Opposition und Bewegungen fordern: Die Rente ab 67 muss vollständig zurückgenommen werden!



Die neuen Grausamkeiten der Hartz IV „Reform“

Bei Kindern soll der Regelsatz gleich niedrig bleiben, Erwachsene werden mit ganzen 5 Euro mehr abgespeist. Kürzungen des ohnehin lächerlichen Betrags sind nun auch noch ohne schriftliche „Belehrung“ möglich - das ist das Ergebnis des neuen Gesetzentwurfs zur Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze, der noch Anfang Dezember durch den Bundestag gepeitscht werden soll.

Hatte das Bundesverfassungsgericht die bisherige Berechnung als nicht nachvollziehbar kritisiert, wurden nun die Zahlen erneut manipuliert: Durch Tricks wird die Berechnungsgrundlage nach unten gedrückt. Ein Bier zu trinken oder eine Blume zu verschenken, ist für Hartz IV-Empfänger/-innen nicht mehr vorgesehen.

Die Kassenlage gibt vor, was als menschenwürdiges Existenzminimum gilt. Und wenn die klammen Kommunen die Kosten für Unterkunft und Heizung pauschalieren dürfen, kommen weitere Kürzungen auf uns zu.

Deswegen bleibt die Forderung weiterhin aktuell: Für die sofortige Erhöhung der Regelsätze auf 500 Euro und die Abschaffung aller Sanktionen. Langfristig aber muss das ganze System abgeschafft werden – Hartz IV muss weg!

Nein zum Deal für die Atomindustrie!

Im Herbst wird im Bundestag über die Verlängerung der Laufzeiten für Atomreaktoren durch die „Novellierung des Atomgesetz“ entschieden. 17 AKWs sollen mindestens bis zu 15 Jahre länger laufen. Das Mehr an Profiten wird nur zu einem Bruchteil mit der geplanten Brennelementesteuer abgeschöpft. Geschickt umgeht die Bundesregierung zudem die Zustimmungspflicht des Bundesrats, wo sie keine Mehrheit hat. Welche Meiler wie lange am Netz bleiben und Atommüll produzieren, der dann wieder transportiert, zwischen- und endgelagert werden muss, hängt vom öffentlichen Druck ab!

„Aber gespart werden muss doch!“

Wenn die Geldbörse leer ist, dann kann man nichts mehr ausgeben. Genauso muss auch der Staat sparen. Klingt erstmal logisch und ist doch gelogen. Erstens: Ein Staatshaushalt ist eben ein Staats- und kein Privathaushalt. Staaten können sehr wohl mehr ausgegeben, als sie einnehmen, und sie tun das ständig, überall. Es ist kein Sachzwang, sondern politischer Wille, im Sozialbereich zu kürzen, Jugendeinrichtungen oder Schwimmbäder zu schließen. Und wenn über Nacht hunderte Milliarden für die Sicherung der Profite maroder Banken mobilisiert werden können, dann wird klar, dass die Rede von den „leeren Kassen“ eben auch nur leeres Gerede ist.

Zweitens: Während die, die ohnehin zu wenig zum Leben haben, „den Gürtel enger schnallen“ sollen, werden die Unternehmen und Vermögenden entlastet – durch die Streichung der Vermögenssteuer und die mehrfache Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmensbesteuerung. Das hat in den letzten zehn Jahren zu Einnahmeausfällen von über 300 Milliarden Euro geführt. Der gesellschaftliche Reichtum ist enorm – er wurde immer weiter von unten nach oben umverteilt. Das Sparpaket ist nur ein weiterer Streich. Nicht mit uns!

„Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“

Die Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen sind in den letzten zehn Jahren um 31% gestiegen, die Nettolöhne und -gehälter dagegen um 2,5 % gesunken. Heute arbeiten bereits 20% der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Mehr als 50 Milliarden Steuergelder flossen seit 2005, um das Einkommen von Menschen in Billigjobs mit Hartz IV „aufzustocken“. Damit subventioniert der Staat die Hungerlöhne der Unternehmen.

Mit dieser Politik des Lohndumping erkauft sich der „Exportmeister“ Deutschland seinen Wettbewerbsvorteil und ringt anderen Länder Weltmarktanteile ab: Weil die Reallöhne in Deutschland seit Jahren nicht steigen, ist jedes hier gefertigte Produkt heute 25 % billiger als in Südeuropa! Durch diese brutale Standortkonkurrenz werden dort ganze Länder in den Ruin getrieben – woraus auf dem Finanzmarkt nochmals Gewinn geschöpft wird. Gleichzeitig wird gegen die Menschen gehetzt, sie hätten „über ihre Verhältnisse gelebt“.

Auf der Strecke bleiben unter dem Zwang zur Profitmacherei die Interessen der Menschen an würdigem Leben – ob hier, in Griechenland oder Frankreich. Dabei gehört nicht viel Phantasie dazu, sich eine Wirtschaftsordnung ohne eine solche Abwärtsspirale vorzustellen: in der nach den Bedürfnissen der Menschen und nach sozialen und ökologischen Kriterien produziert wird, und nicht aus Gewinnstreben. Krisen gehören zum Kapitalismus. Die aktuelle Wirtschaftskrise ist längst nicht vorbei. Ihre Ursachen liegen nicht darin, dass die Manager zu gierig wären oder die Bosse im Ethikunterricht nicht aufgepasst hätten. Diese Krise ist Ergebnis des neoliberalen Kapitalismus, der alles über den Markt regeln will. Wo wir den Markt zurückdrängen, entsteht Raum für wirkliche Demokratie und für eine Zukunft ohne Armuts-, Hunger- und Klima-Krisen.

„Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut!“

Der Gedanke ist schlicht: Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann nützt das allen. Es nützt den Unternehmen, aber auch den Beschäftigten, die mehr Lohn bekommen, den Erwerbslosen, für die es wieder Arbeit gibt, und dem Staat, der höhere Steuereinnahmen erhält. Doch ein Blick auf die Entwicklung der die letzten 15 Jahre zeigt: Der „Aufschwung“ kommt bei uns nicht an. „Die Wirtschaft“ sind schließlich privatwirtschaftlich Unternehmen, deren Ziel der größtmöglichste Profit ist – er wächst durch niedrigere Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen, geringere Sozialabgaben. Reguläre Beschäftigungsverhältnisse werden abgebaut, die Erwerbslosenstatistik schöngerechnet: Wer „in Maßnahmen geparkt“ oder vom Fallmanager vergrault wird, wird nicht mitgezählt.

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“

Am 26. April 1997 hielt der damalige Bundespräsident Roman Herzog (CDU) eine Rede unter dem Titel „Aufbruch ins 21.Jahrhundert.“ Da hieß es: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“. Herzog forderte Politik und Gesellschaft zur „Modernisierung“ auf.

Den ersten großen Aufschlag zur „Modernisierung“ Deutschlands machte von 2003 bis 2005 ausgerechnet die rot-grüne Regierung mit Gerhard Schröder (SPD) als Bundeskanzler. Unter dem Stichwort „Agenda 2010“ wurden gegen den Willen der Bevölkerung neoliberale Reformen im Arbeitsmarkt, im Gesundheitsbereich und in der Rentenvorsorge eingeführt. Die Arbeitslosenhilfe wurde auf 12 Monate beschränkt, die Zuzahlung für Medikamente eingeführt, der Kündigungsschutz abgebaut und das Hartz-IV-System mit Zwangselementen wie den 1-Euro-Jobs eingesetzt.

Angekommen im 21. Jahrhundert, einen Internet-Boom und zwei Krisen später, haben die Menschen in Deutschland erfahren können, was die Modernisierung Deutschlands für sie bedeutet. Opfer für diese „Modernisierung“ mussten nicht „die Großen mehr, die Kleinen weniger“ bringen, wie es Herzog in seiner Rede behauptet hatte, sondern die Armen mussten zahlen, während die Reichen weiter machen konnten wie bisher. Denn die „Modernisierung“ der Gesellschaft bedeutet die Aushöhlung des Sozialstaates, eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich und verschärfte Konkurrenz. Der Billiglohnsektor wurde mit 1-Euro-Jobs und Gehältern, von denen man nicht leben kann, erst geschaffen. Die, die noch eine gut bezahlte Arbeit haben, müssen jetzt immer mehr Angst vor einem sozialen Abstieg ins Bodenlose haben.

Jetzt soll weiter gespart und entsolidarisiert werden. Das Sparpaket, die Gesundheitsreform und die Rente mit 67 sind der größte unsoziale Angriff seit der Agenda 2010. Nachdem Milliarden für die Rettung der Banken da waren, ist die Stoßrichtung dieser „Sparpolitik“ eindeutig: Die schwarz-gelbe Bundesregierung nutzt die Krise, um die Verwertungsbedingungen für das Kapital in Deutschland zu verbessern. Weniger Geld für Erwerbslose und die Abkoppelung der Gesundheitskosten vom Arbeitnehmerbeitrag bedeuten für die Unternehmen niedrigere sogenannte Lohnnebenkosten. Das bedeutet nichts anderes als höhere Profite. So soll die Mehrheit der Bevölkerung für den steigenden Reichtum einiger weniger zahlen.

Es muss wieder ein Ruck durch Deutschland gehen. Aber diesmal für eine solidarische Gesellschaft. Profitinteressen und Marktzwänge dürfen nicht Wirtschaft und Politik bestimmen. Die Konkurrenz darf nicht das bestimmende Prinzip zwischenmenschlichen Handelns sein. Stattdessen muss die Wirtschaft an den Bedürfnissen aller Menschen ausgerichtet sein. Wir wollen ein menschenwürdiges Leben für alle, eine solidarische Absicherung gegen Risiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit und ein vielfältiges kulturelles Angebot. Geld ist genug da. Es muss nur umverteilt werden: von oben nach unten. Bereiten wir der Regierung und ihren Sparplänen den heißen Herbst, den sie verdient haben. Zusammen können wir sie stoppen.

Die Wirtschaftskrise überwunden, der „Aufschwung XXL“ (BILD) ist da!

Die Bundesregierung rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von bis zu 3,4 % in diesem Jahr und spricht vom „deutschen Jobwunder“. Tatsächlich sind viele Menschen gezwungen hart dafür zu schuften, dass die Gewinne der deutschen Unternehmen wieder sprudeln - immer mehr in Leiharbeitsverhältnissen (Verdreifachung in den letzten 10 Jahren!). Junge Menschen trifft es besonders hart, fast jeder zweite neue Job entsteht hier in Leiharbeit. Die Folge: Deutlich schlechterer Verdienst bei gleicher Arbeit und zunehmend prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Bei Auftragsschwankungen werden die Leiharbeiter einfach wieder vor die Tür gesetzt. Dieser „Aufschwung“ ist auf Ausbeutung XXL gebaut!

100 Milliarden Euro

hat Deutschland die Rettung der Banken in der letzten Finanzkrise gekostet. An den Kosten will die Regierung die Banken nicht wirklich beteiligen: Nur 1,2 Milliarden € wird die Bankenabgabe einbringen. Mit einer Finanztransaktionssteuer, die zudem noch die Risiken einer erneuten Finanzkrise verringern würde, würde der Staat hingegen bis zu 36 Milliarden € Steuern einnehmen. Alleine die Deutsche Bank erzielte im ersten Halbjahr 2010 einen Gewinn von 2,9 Milliarden Euro und selbst die Pleitebank Hypo Real Estate zahlte 2009 ihren Topmanagern 25 Millionen € an Boni aus.

„Warum wir am 26.11. den Bundestag belagern“

Ein Gespräch mit Claudia Baum aus dem Berliner Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Am 26.11. wollt ihr den Bundestag belagern. Warum?

An diesem Tag wird im Bundestag in der dritten Lesung des Haushalts für 2011 ein umfangreiches Sparpaket beschlossen. Es geht um massive Kürzungen im sozialen Bereich – Einsparungen vor allem bei Erwerbslosen, Familien und Rentner/-innen. Die Schere zwischen arm und reich wird seit Jahren größer – durch das System von Hartz IV, aber auch durch Niedriglohnpolitik, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, „Reformen“ im Gesundheitsbereich, Steuerentlastungen für die Reichen und ein Totsparen der Kommunen. Diese Entwicklung wird nun mit dem Sparpaket weiter verschärft. Die Regierung plant einen Herbst der Kürzungsorgien. Damit muss Schluss sein!

Was können wir uns denn unter einer Bundestagsbelagerung vorstellen?

Wir wollen mit möglichst vielen Menschen unseren Protest gegen das Sparpaket direkt vor den Bundestag tragen. Denn dort sollen Entscheidungen über unsere Zukunft getroffen werden, zu denen wir nicht gefragt werden! Die Regierenden werden durch die sogenannte „Bannmeile“ um den Bundestag davor geschützt, unliebsamen Protest hautnah zu erleben. Das lassen wir uns nicht gefallen. Selbst wenn wir eine Ordnungswidrigkeit riskieren sollten: Bei Entscheidungen solcher Reichweite wollen wir direkt vor dem Bundestag unübersehbar und unüberhörbar sein. Wir machen der Regierung klar: Wir wollen nicht diese Gesellschaft der Ungleichheit, wir wollen eine andere Gesellschaft. Deshalb werden wir gemeinsam, massenhaft und ungehorsam direkt vor den Bundestag strömen, um der Regierung und allen Abgeordneten, die sich nicht gegen dieses Sparpaket stellen, die rote Karte zu zeigen.

Die rote Karte zeigen: Was heißt das für euch?

Die rote Karte versteht jeder. Sie sagt: Stopp! So kannst du nicht weitermachen! Du fliegst aus dem Spiel! Genau das wollen wir sagen: Wenn ihr für das Kürzungspaket stimmt, werden wir euch aus dem Spiel werfen. Die rote Karte funktioniert ohne Worte. Wenn man uns und unsere Entscheidungen nicht hören will, dann zeigen wir unseren Protest vor Ort. Und genau wie im Sport wird es vorher eine letzte Warnung geben - die gelbe Karte. Wir rufen alle auf, am 17.11. den Bundestagabgeordneten in deren Wahlkreisbüros die gelbe Karte zu zeigen. Es wäre super, wenn viele Menschen an diesem Tag überall den Abgeordneten schon mal ordentlich auf die Pelle rücken.

Du hast die Bannmeile angesprochen, also den Bereich direkt um den Bundestag, in dem eigentlich keine solchen Demonstrationen stattfinden sollen, um den Politikbetrieb nicht zu stören...

Aber dieser Politikbetrieb ist doch längst gestört. Lobbyisten der Wirtschaft – ob Vertreter der privaten Krankenkassen oder Atomindustrie – gehen dort ein und aus. Die Demokratie wird immer mehr ausgehöhlt. Über Nacht wurden Milliarden für Bankenrettung bereitgestellt, dann heißt es, die Kassen sind leer und das Sparen ein „Sachzwang“. Mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wird unser Leben und das zukünftiger Generationen bedroht. Deswegen haben sich auch am 18. September hunderttausend Atomkraftgegner den Bundestag umzingelt, um gegen diese Energiepolitik zu demonstrieren. An diesem Tag war aber gar kein Betrieb im Bundestag – das wird am 26.11. anders sein!

Dass legitimer Protest mittels einer ausgedachten befriedeten Zone um den Bundestag von Politikern ferngehalten werden soll, ist lächerlich. Wir haben das Recht darauf, unsere Meinung in hörbarer und sichtbarer Nähe von entscheidenden Orten kundzutun, uns dort zu versammeln! Wir sind uns in unserem großen Bündnis darüber einig, dass wir keinen Ärger mit der Polizei wollen, sie ist nicht unser Gegner. Wir werden uns aber nicht aber von einer Bannmeile davon abhalten lassen, unser Nein deutlich zu machen!

Warum gerade jetzt? Du hast selbst gesagt, Einschnitte gab es schon einige. Was macht die Situation so speziell, dass ihr mit einer solchen Aktion darauf reagieren wollt?

Ja, es gab schon viele Einschnitte. In diesem Herbst stehen viele wichtige Entscheidungen an, die die Gesellschaft weiter umgestalten werden. Das „Sparpaket“ ist der richtige Punkt, um zu sagen: Schluss damit! Auch verfehlte alte Entscheidungen können sehr wohl rückgängig gemacht werden. In ganz Europa werden mit dem Argument der Krise massive Sparpakete aufgelegt. Mit der Standortlogik sollen wir gegeneinander ausgespielt werden. Aber das ist Quatsch, denn uns eint das Ziel, dass alle Menschen gut leben sollen, dass die Bedürfnisse aller Menschen befriedigt werden sollen. In ganz Europa organisieren Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Verbände und Parteien den gemeinsamen Protest: sie streiken, demonstrieren, besetzen Orte. Daraus können wir viel lernen!

Deswegen werden wir vor dem Bundestag stehen und dabei auch an die Menschen in Frankreich, Griechenland und ganz Europa denken, die sich gegen diesen Unsinn zur Wehr setzen und dieser Politik die rote Karte zeigen! Ziviler ungehorsam ist nötig. Ich freue mich darauf.

Attac Berlin

„Stoppt das Sparpaket - belagert den Bundestag!

Der Kapitalismus zeigt gerade in der Krise sein ungeschminktes Gesicht und trotzdem läuft die Politik weiter wie zuvor. Bei den sozial Schwachen wird gekürzt, während der Reichtum Weniger weiter wächst. Profiteure zur Kasse – Wirtschaft demokratisieren!

Denn eine andere Welt ist möglich – und eine andere Gesellschaftsordnung dringend nötig!“

Stefan Müller
von „Zusammen gegen des Jobcenter Neukölln“

„Wir organisieren Solidarität

gegen die schikanöse Politik gegen Erwerbslose das ganze Jahr über. Wir fördern und fordern den sozialen Widerstand gegen weitere Zumutungen für Empfänger und Empfängerinnen von Hartz IV - auch am 26. November wenn wir gemeinsam mit anderen Betroffenen und Aktivistinnen und Aktivisten den Bundestag belagern, um das Sparpaket der Bundesregierung zu stoppen!“

Florian Bensdorf,
Bündnis Bildungsblockaden Einreißen

„Schulstreik - Auf zum Bundestag!

Der Schulstreik am 26.11. ist für mich besonders wichtig, weil an diesem Tag einer der größten sozialen Kahlschläge in der BRD beschlossen werden soll. Viele meiner Freunde haben jetzt schon Probleme, sich neue Schulbücher zu kaufen. Jeder Cent, der ihren Eltern gestrichen werden soll, fehlt am Ende des Monats. Das müssen wir uns nicht gefallen lassen und deswegen werden wir den Bundestag belagern!“

Infos zum Schul- und Bildungsstreik und zur Demo am 26.11. zum Brandenburger Tor:

http://www.schulstreik-berlin.de/

Katja Kipping, MdB
und stellvertretende Parteivorsitzende DIE LINKE

„Warum Schwarz-Gelb die rote Karte zeigen?

Schwarz-Gelb plant, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu Hartz IV zu ignorieren. Der Haushalt, der am 26.11. verabschiedet wird, belegt dies in Zahlen. Es wurde solange gerechnet, bis die neuen Regelsätze der Regierung in den Kram passten. Das Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum wird so unterlaufen. Wenn Schwarz-Gelb dieses Grundrecht ignoriert, muss ihnen die Rote Karte gezeigt werden.“

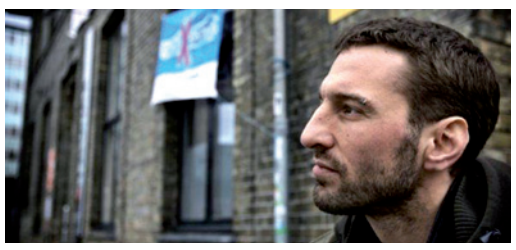
„Der Bundesregierung die ROTE KARTE zeigen – Kürzungspaket stoppen“ heißt der Aufruf DER LINKEN zum 26.11.; Informationen unter:

http://die-linke.de/politik/themen/sparpaket_und_krise/

Bernd Riexinger,
Geschäftsführer von ver.di Stuttgart -

„Die Herrschenden dürfen keine Ruhe bekommen.

Manchmal ist es zum Verzweifeln. In Frankreich gehen Millionen seit Wochen gegen die Rente mit 62 auf die Straße. In Deutschland sollen wir bis 67 arbeiten, wächst der Niedriglohnbereich krebsartig, da es keinen Mindestlohn gibt, demütigt die Regierung Hartz IV Bezieher/-innen und begünstig schamlos Reiche und Vermögende – aber es gibt keine vergleichbare Bewegung. Betriebliche Aktionen, Demonstrationen, die Belagerung des Bundestages tragen dazu bei, dass auch in Deutschland eine neue Protestbewegung entsteht. Deshalb unterstütze ich die Proteste - auch über diesen Herbst hinaus. Die Herrschenden dürfen keine Ruhe bekommen.“



Tadzio Müller,
Klimaaktivist

„Für ein ganz anderes (gesellschaftliches) Klima...

Wenn wir am Tag X zu Tausenden den Bundestag belagern, wird auch die Bewegung für Klimagerechtigkeit da sein. Warum? Weil Klimagerechtigkeit nicht heißt, dass vor allem die Armen den Gürtel enger schnallen sollen – weil Klimagerechtigkeit heißt, ökologische und soziale Probleme zusammen zu denken. Weil Klimagerechtigkeit auch soziale Gerechtigkeit ist.“

Unsere Forderungen:

- Sparpaket stoppen!
- Gegen die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben!
- Nein zur Gesundheitsreform! Abschaffung von Hartz IV und der Agenda 2010. Stattdessen Mindestsicherung, von der man menschenwürdig leben kann, ohne Sanktionen und bürokratische Schikanen!
- 10 Euro Mindestlohn! Leiharbeit abschaffen! Stattdessen gesicherte Arbeitsverhältnisse, Löhne hoch!
- Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosig-keit: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Weg mit der Rente mit 67! Keine Nullrunden mehr!
- Reiche und Verursacher der Krise sollen zahlen!
- Verstaatlichung aller Banken unter demokratischer Kontrolle!
- Schluss mit der Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund! Gleiche Rechte für alle!
- Keine Kürzungen im Bildungsbereich! Weg mit Studien-, Ausbildungs- und Kita-Gebühren!

Kontakt:

Diese Zeitung wird herausgegeben von:
Berliner Bündnis “Wir zahlen nicht für eure Krise!”
www.kapitalismuskrise.org

berlin-info@kapitalismuskrise.org (Bündnis)
berlin-presse@kapitalismuskrise.org (Pressegruppe)

Material:

Mach mit bei der Mobilisierung gegen das Sparpaket, beteilige Dich an der Verteilung dieser Zeitung

Diese Zeitung und weitere Materialien sind auf den Webseiten: **www.kapitalismuskrise.org** und **www.sparpaket-stoppen.de** zu finden oder können unter folgender Adresse abgeholt werden:

Red Stuff
Waldemarstr. 110
10997 Berlin-Kreuzberg

Impressum:

Verantwortlicher gemäß § 6 MDStV (ViSdP): Pia Körner, Hasenheide. 21 10967 Berlin

Auflage: 100 000
Ausgabe: November 2010 Berlin
Gestaltung: backboord.de
Bildquellen u.a.: Photocase ;
http://www.flickr.com/photos/jakobhuber/

Termine:

6.11. Hannover:
DGB-Großdemonstration

6.11. Wendland:
Anti-Castor-Großdemonstration

13.11. Demonstrationen des DGB: Eisenach: IG Metall-Aktionstag „Kurswechsel Stuttgart: DGB-Großdemonstration Nürnberg: DGB-Großdemonstration Dortmund: DGB-Großveranstaltung für NRW Erfurt: Protesttag gegen das Sparpaket

17.11. Letzte Warnung: Gelbe Karte für das Sparpaket! Wenn die schwarz-gelben Abgeordneten des Bundestags nicht gerade in Berlin fleißig für den nächsten Sozialkahlschlag abstimmen, sitzen sie in ihren Wahlkreisbüros.

Am **17.11.** werden sie dort ungemütlichen Besuch erhalten: Vor Beginn der Haushaltswoche werden die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen besucht, um ihnen die gelbe Karte für das Sparpaket zu zeigen. Letzte Warnung! Eine Woche vor der geplanten Verabschiedung des Sparpakets wird den Verantwortlichen ordentlich auf die Pelle gerückt.

Meldet euch unter info@sparpaket-stoppen.de, wenn ihr in eurer Stadt mitmacht!

18. 11. Kiel: DGB-Großdemonstration

26.11. Schulstreik - Auf zum Bundestag! Am 26. November gemeinsam Sparpakete stoppen! Die SchülerInneninitiative „Bildungsblockaden einreißen!“ ruft am 26.November zur Unterstützung der Bundestagsbelagerung zu einem Berlinweiten Schul- und Bildungsstreik auf. (Infos: http://www.schulstreik-berlin.de/

UND NICHT VERGESSEN:

AM **26.11**. Sparpaket stoppen! Bundestag belagern! Ab 10:00 Uhr, Platz des 18. März (Brandenburger Tor), Berlin

26./27.11. Aktionskonferenz der Bundeskoordination der Krisenproteste: Wie weiter nach dem „Heißen Herbst“ – Bestandsaufnahmen, Analysen, Perspektiven

Ab 18:00 Uhr bei ver.di (Bundeszentrale, Berlin, Paula Thiele Straße, Nähe Ostbahnhof); Infos unter www.kapitalismuskrise.org oder info@kapitalismuskrise.org

Mobilisierungsveranstaltung zur Bundestagsbelagerung mit Wolf Wetzel in Berlin. Organisiert von der Antifaschistischen Linken Berlin [ALB] zwischen 22.11.-26.11; aktuelle Infos: www.antifa.de

Alle infos unter:
www.sparpaket-stoppen.de

Unterstützer/-innen:

(Stand 25.10.2010)

AGIF - Föderation der ArbeitsmigrantInnen in Deutschland; AG Soziales Berlin; antifa tu berlin, Antifaschistische Initiative Reinickendorf; Antifaschistische Linke Berlin; Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin; Antikapitalistische Aktion Bonn; Arbeitskreis gegen Sozialabbau Halberstadt; Attac Berlin; Attac Schwerin; Autonome Antifa Teltow-Fläming; Autonom Anarchistische Allianz (A2A); Avanti - Projekt undogmatische Linke; AvEG-Kon; BAG Grundeinkommen Die Linke; BAG Hartz IV Partei Die Linke; Berliner Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“; berliner Erwerbslosenzentrum BASTA!; Berliner Montagsdemonstration gegen Agenda 2010 und Hartz IV; Berliner Nachrichten; SchülerInneninitiative “Bildungsblockaden einreißen!”; Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V.; Bundeskoordination Euromarsch; Bundeskoordination Krisenproteste; DGB-Jugend Berlin-Brandenburg; DIDF – Föderation demokratischer Arbeitervereine; DIE LINKE. Neukölln; Die Linke.SDS; Die Linke / BO-Gesundbrunnen; DKP Berlin; Erwerbslosenforum Berlin; FelS - Für eine linke Strömung; Gängeviertel Hamburg; Gruppe Arbeitermacht; Gruppe Soziale Kämpfe; IG Contra Sozialabbau Aschersleben; Interventionistische Linke; isl - internationale sozialistische linke; Kirche Von Unten Berlin; KPD(B) Berlin/Brandenburg; Komitee “Solidarität mit Emmely”; KV DIE LINKE.Kyffhäuserkreis; LAG Hartz IV Sachsen-Anhalt; LAG Sozialistische Linke - Die Linke Berlin; Landesjugendwerk der AWO Berlin; Landesjugendwerk der AWO Brandenburg; Linksjugend [`solid] Bundesverband; Linksjugend [`solid] Berlin; MLPD Berlin; re[d] solution - Linksjugend [,solid] Pößneck; Jugendorganisation REVOLUTION; RSB / IV. Internationale; SAV - Sozialistische Alternative; SDAJ Berlin; Sozialistische Jugend - Die Falken LV Berlin; Sozialistische Kooperation (SoKo); UBI KLiZ e. V / Mieterladen; Verdi Berlin

Einzelpersonen:

Konstantin Wecker, Liedermacher; Carsten Albrecht, DIE LINKE Berlin-Neukölln; Dario Azzellini, Sozialwissenschaftler, Autor und Dokumentarfilmer; Helmut Beushausen, Soziales, Arbeit, Leben & Zukunft (SALZ) e.V.; Matthias W. Birkwald, MdB DIE LINKE; Horst Bohmbach, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und DIE LINKE; Helmut Born, Betriebsratvorsitzender, Mitglied im Landesbezirksvorstand Ver.di NRW; Prof. Dr. Ulrich Brand; Mario Candeias, Rosa Luxemburg Stiftung; Dietmar Dath; Journalist und Schriftsteller; Paul Decruppe, Mitglied des Ortsvorstandes der IG Metall Berlin; Prof. Dr. Alex Demirovic; Peter Dietrich, Vorsitzender des BüSGM; Karin Gerlich, Erwerbslosenberatung; Thies Gleiss, stellvertretender Landessprecher Die LINKE NRW; Nicole Gohlke, MdB DIE LINKE; Andrej Hunko, MdB DIE LINKE; Thomas Koch, DIE LINKE Rhein-Kreis-Neuss; Prof. Dr. Peter Grottian; Till F.E. Haupt, Künstler, Gängeviertelaktivist; Nele Hirsch, Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand DIE LINKE; Dr. Renate Hürtgen, Zeithistorikerin; Karsten Jagau, Attac Schwerin; Michael Jäger, Redakteur des “Freitag”; Ingrid Jost, Vorsitzende von Erwerbslose helfen Erwerbslosen; Gert Julius, Vorsitzender des BüSGM; Katja Kipping, MdB und stellv. Parteivorsitzende DIE LINKE; Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff; Armin Kuhn, Sozialwissenschaftler, Gerhard Labitzke, Potsdam; Prof. Dr. Morus Markard; Stephan Martini, Attac Schwerin; Prof. Dr. Margit Mayer; Christa Müller, Mitglied des BüSGM; Dr. Tadzio Müller, Climate Justice Action; Marc Mulia, Landesvorstand DIE LINKE.NRW; Lothar Nätebusch, Vorsitzender des BüSGM; Jule Nagel, Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE. Sachsen, linXXnet Leipzig; Alexis Passadakis, Attac Koordinierungskreis; Rainer Perschewski, DKP Berlin; Michael Prütz, BASG; Elke Reinke, Sprecherinnenrat BAG Hartz IV DIE LINKE; Wera Richter, DKP Berlin; Bernd Riexinger, Geschäftsführer Ver.di Stuttgart; Beatrice Ritzke; Hamid Rochdi, Sprachwissenschaftler; Dirk Rosehr; Sascha Schlenzig, DIE LINKE Berlin; Peter Schrott, Stellvertretender Vorsitzender ver.di Berlin; Ilse Schütte, Dipl. Psychologin; Pedram Shahyar, Attac; Babak Soultani; Eberhard Speckmann, Bezirksvorsitzender DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf; Dirk Stegemann, Mitglied im AK “Marginalisierte gestern und heute”; Prof. Dr. Klaus Steinitz; Holger Vermeer, Gewerkschaftssekretär IG BAU; Bernhard Werner, Vorstandsmitglied des BüSGM; Prof. Dr. Raina Zimmering;

Wer diesen Aufruf unterstützen will, schicke bitte eine Mail an:
info@sparpaket-stoppen.de